

...das interessiert

MIT

MITTEILUNGEN INFORMATION THEMEN

STADTVERBAND
WÖRTH
AM RHEIN

SPD

Am 24.09. ist
Bundestagswahl!LIEBE MITBÜRGERIN,
LIEBER MITBÜRGER,

am 24. September steht die Bundestagswahl an, deshalb liegt der inhaltliche Schwerpunkt der vorliegenden **MIT**-Ausgabe unter anderem auch auf der Bundespolitik. Sie als Wählerin oder Wähler stehen vor der Entscheidung, welcher Partei Sie Ihre Stimme geben, welchem Direktkandidaten aus der Südpfalz Sie für die nächsten vier Jahren Ihr Vertrauen aussprechen. Die SPD hat in der letzten Legislaturperiode viel verbessert und auf den Weg gebracht. Alles ist sicher nicht gelungen und viele gute Reformvorschläge wurden von der CDU/CSU-Fraktion oder im Bundeskanzleramt aufgehoben - so zum Beispiel das Rückkehrrecht von Teilzeit auf die vorherige Vollzeit, das insbesondere für Mütter eine Verbesserung dargestellt hätte.

Für diese **MIT**-Ausgabe hat uns der Kanzlerkandidat Martin Schulz ein Interview gegeben, in dem er auf seine Motivation für die Kanzlerschaft eingeht. Dabei nennt er auch wichtige Inhalte. Auch unser Abgeordneter Thomas Hitschler berichtet, wofür er in der nächsten Legislaturperiode eintreten wird.

Inhaltlich wollen wir uns in dieser **MIT**-Ausgabe aber auch maßgeblich um die Belange der Stadt und ihrer Ortsbezirke widmen und Sie über aktuelle Projekte und Vorhaben informieren. Sie werden anhand der Berichte sehen, es ist und bleibt spannend in unserer Stadt seit im Rathaus ein frischer Wind weht.



Kanzlerkandidat Martin Schulz

Liebe Mitbürgerin, lieber Mitbürger, abschließend möchte ich Sie bitten: Gehen Sie am 24. September zur Wahl, nutzen Sie die Möglichkeit des Wahl-o-Mats (www.wahl-o-mat.de) oder informieren Sie sich über die Programme der Parteien. Es lohnt sich vorher zu wissen, wofür welche Partei steht, anstatt hinterher ein blaues Wunder zu erleben!

Mario Daum,
Vorsitzender des
SPD Stadtverbands

INTERVIEW MIT MARTIN SCHULZ: „DEUTSCHLAND KANN MEHR!“

MIT: Martin, du trittst zur Bundestagswahl als Spitzenkandidat für die SPD an, um Bundeskanzler zu werden. Warum braucht Deutschland einen Regierungswechsel?

Martin Schulz: Damit es in diesem großartigen Land endlich wieder gerechter zugeht! Es ist einfach nicht gerecht, dass Frauen für die gleiche Arbeit 21 Prozent weniger Geld bekommen als Männer. Es ist nicht gerecht, dass viele Menschen sich von einem befristeten Job zum nächsten hangeln müssen. Und es ist nicht gerecht, dass Menschen, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, keine angemessene Rente bekommen. Deutschland kann mehr. Wir wollen jedem Kind die Türen zu guter Bildung öffnen. Weder Geld noch Herkunft dürfen eine Rolle spielen. Deshalb machen wir Bildung gebührenfrei. Und zwar von der Kita über die Ausbildung und das Erststudium bis zum Master und zur Meisterprüfung. Damit schaffen wir gleiche Chancen und investieren in die Zukunft. Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit.

MIT: Stichwort „Europa“: für viele Menschen ist die europäische Politik weit entfernt und nicht wenige verbinden damit eher komplizierte und lebensferne Bürokratie. Warum sollten sich die Rentnerin in Weimar oder der Handwerker in Erfurt für Europa begeistern?

Martin Schulz: Gerade ältere Generationen, die den Zweiten Weltkrieg miterlebt haben, wissen natürlich am besten, wie wichtig ein starkes Europa ist, in dem Frieden herrscht. Europa ist aber nicht nur ein einmaliges Friedensprojekt, sondern auch die Grundlage unseres Wohlstands. Kein anderer Staat profitiert davon so wie Deutschland. In Zeiten von Trump ist mir besonders wichtig: Europa ist die Antwort auf all die Autokraten oder die sich autokratisch gebenden Präsidenten, die nur an das Recht des Stärkeren glauben. Europa steht für die Herrschaft des Rechts, für Demokratie und Menschenrechte. Das müssen wir verteidigen – und das geht nur gemeinsam.

MIT: Bei aller Begeisterung für Europa, als Bundeskanzler musst du die Interessen Deutschlands vertreten. Bist du ein Patriot?

Martin Schulz: Wer Europa schlechtmacht, schadet deutschen Interessen. Nur in einem starken Europa kann Deutschland dauerhaft stark sein. Denken Sie mal an andere Regionen: Im Vergleich zur Einwohnerzahl von China ist Deutschland ein Zwerg. Aber die EU als Ganzes ist ein ökonomischer Riese – und muss auch politisch stärker werden. Und was den Patriotismus angeht, halte ich's mit Brechts Kinderhymne: „Und weil wir dies Land verbessern / Lieben und beschirmen wir's / Und das Liebsten mag's uns scheinen / So wie andern Völkern ihr's.“

MIT: Wie stehst du zum Ziel der Union, zwei Prozent des BIP für die Verteidigung auszugeben?

Martin Schulz: Das 2-Prozent-Ziel ist ein Fehler. Dieser ursprüngliche Beschluss der NATO würde bedeuten, dass wir in Deutschland 20 bis 30 Milliarden mehr für die Rüstung ausgeben, das wären dann Ausgaben von 57 bis 67 Milliarden. Wir würden aus der Bundeswehr die größte Armee Europas machen, größer als die Armeen von Frankreich und England. Für mehr Sicherheit im Rahmen der Sicherheitskooperation in Europa bin ich jederzeit bereit zu sagen: Ja! Jederzeit! Mehr Geld für die Bundeswehr! Experten sagen mir, dass die Bundeswehr jedes Jahr zwischen 3 und 5 Milliarden mehr bräuchte. Das sollten wir auch unbedingt tun. Aber ich bin nicht bereit, 20 bis 30 Milliarden mehr in die Aufrüstung zu stecken. Ich halte diese Art der Aufrüstung für falsch und mit mir als Bundeskanzler wird es das nicht geben.



Martin Schulz

Martin Schulz, geboren 1955, wuchs in Würselen in unmittelbarer Nähe zu Aachen, Belgien und den Niederlanden auf. Dort ging er auf das Gymnasium, das er nach der 11. Klasse verließ. Nach einer Ausbildung in einer Buchhandlung gründete er 1982 seine eigene Buchhandlung in Würselen. 1987 wurde er mit 31 Jahren jüngster Bürgermeister Nordrhein-Westfalens. 1994 wurde er ins Europäische Parlament gewählt. 2012 wurde er zum Präsidenten des Europäischen Parlaments gewählt und stärkte die Rolle des Parlaments und damit die Demokratie in Europa. 2017 wurde er zum Vorsitzenden der SPD und zum Kanzlerkandidaten mit 100 Prozent der Delegiertenstimmen gewählt.

WEN WÄHLEN? EIN BLICK IN DIE PROGRAMME DER PARTEIEN ZUR BUNDESTAGSWAHL LOHNT SICH!

Häufig hört man, dass sich die Parteien sowieso nicht unterscheiden. Ein Blick in die Programme von SPD und CDU:

ARBEITSZEIT – Im Zuge der Digitalisierung der Arbeitswelt forderte die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeber eine Ausweitung der Arbeitszeit. Die Tageshöchstarbeitszeit von derzeit acht bzw. zehn Stunden solle abgeschafft und die Ruhezeit von elf Stunden gekürzt werden.

SPD

Die SPD setzt auf mehr Wahlmöglichkeiten für Beschäftigte bei ihrer Arbeitszeit und ihrem Arbeitsort und möchte ein Wahlarbeitszeitgesetz schaffen. Weiter soll ein Rückkehrrecht für Teilzeitbeschäftigte auf die vorherige Arbeitszeit einrichtet werden. Und für Eltern und Pflegende gibt es bereits einen Entwurf für eine Familienarbeitszeit. Die SPD will zudem die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten sowie deren Übertragbarkeit erleichtern.

CDU

Die CDU will mehr Spielräume zur Flexibilisierung – wieder einmal auf Kosten der Beschäftigten – und möchte die Tageshöchstarbeitszeit abschaffen und die Grenze bei der Wochenhöchstarbeitszeit von 48 bzw. 60 Stunden einziehen.

Unser Fazit: Das Arbeitszeitgesetz bietet schon heute für Unternehmen ausreichende Spielräume um flexible Arbeitszeitmodelle zu vereinbaren. Es fehlt jedoch das Recht für Beschäftigte stärker darüber mitzubestimmen, wie flexibel sie bei Arbeitszeit und Arbeitsort sind. Die SPD stellt in ihrer Forderung den Menschen in den Mittelpunkt. Eine Abschaffung der täglichen Höchstarbeitszeit und die Aufhebung der elfstündigen Ruhezeit, wie sie CDU und FDP fordern, lehnen wir ab.

MINDESTLOHN – Zum 1. Januar 2015 wurde der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 EUR eingeführt. Im Übrigen eine Kernforderung der SPD in 2013. Mittlerweile beträgt er 8,84 EUR. Der Mindestlohn hat dazu geführt, dass 3,7 Millionen Beschäftigte in Deutschland mehr Lohn erhalten! Dabei sind keine zuvor verbreiteten Horrorszenarien eingetreten.

SPD

Die SPD möchte bestehende Ausnahmen beim Mindestlohn für Langzeitarbeitslose abschaffen und den Mindestlohn dynamisch erhöhen. Auch die Ausnahmen für unter 18-jährige sollen überprüft werden. Denn reguläre Arbeit muss auch regulär bezahlt werden.

CDU

Die CDU hat dem Mindestlohn in der Koalition nur zähneknirschend zugestimmt. In ihrem Programm fordert die CDU weitere Ausnahmen und den Abbau von Dokumentationspflichten. Dies führt zu einer Verschlechterung für die Beschäftigten im Niedriglohnbereich.

Unser Fazit: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser! Die SPD will unnötige Ausnahmen vom Mindestlohn abschaffen, damit alle Beschäftigten den Mindestlohn auch wirklich erhalten. Wer, wie die CDU und die FDP, weitere Ausnahmen und Lockerungen bei der Kontrolle fordert, zielt auf die Aufweichung des Mindestlohns – zulasten der Schwächsten in unserer Gesellschaft!

RENTE – Das deutsche Rentensystem steht vor zentralen Herausforderungen. Die Zahl der Rentenempfänger steigt stetig an und zugleich sinkt die Zahl der Beitragszahler. Es ist an der Zeit das Rentensystem zukunftssicher aufzustellen.

SPD

Die SPD hat vier zentrale Ziele: (1) Sicherung des Lebensstandards, (2) Keine Anhebung der jetzigen Regelaltersgrenzen, (3) Altersarmut verhindern und (4) Gerechte Finanzierung. Das Rentenniveau soll mindestens 48 Prozent und der Beitragssatz maximal 22 Prozent betragen.

CDU

Die CDU vermeidet konkrete Aussagen und betont das aktuell gute Rentenniveau und die gute wirtschaftliche Lage. Sie vergisst damit die vielen Menschen, die von ihrer Rente heute oder in Zukunft nicht leben können.

Unser Fazit: Die SPD legt konkrete Vorschläge vor, wie das deutsche Rentensystem für die zukünftigen Herausforderungen und auch für künftige Generationen aufgestellt werden muss. Die CDU scheint entweder sehenden Auges das Rentenproblem nicht angehen zu wollen oder wird nach der Wahl mit einer Reform überraschen. Dies kann nicht im Sinne der Bürgerinnen und Bürger sein.

WEN WÄHLEN?

STEUERN – Das Thema Steuersenkung ist ein Dauerbrenner im Wahlkampf. Steuern werden erhoben, um die öffentliche Infrastruktur (z.B. Schulen, Straßen und Krankenhäuser) zu finanzieren.

SPD Die SPD setzt auf Entlastungen bei Steuern und Abgaben für mittlere und kleine Einkommen. Zudem sollen Familien und Alleinerziehende entlastet werden. Die SPD fordert die Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 45 Prozent – denn starke Schultern können mehr tragen.

CDU Die CDU geht abermals mit dem Versprechen nach Steuersenkungen für alle ins Rennen. Doch davon können nur die profitieren, die auch viele Steuern zahlen. D.h. Beschäftigte mit hohen Einkommen werden sich freuen können, bei mittleren Einkommen kommt wenig an und Geringverdiener sind bei der CDU mal wieder außen vor.

Unser Fazit: Wer wenig verdient, zahlt grundsätzlich auch wenig Steuern. D.h. Steuersenkungen kommen nur in geringem Maße bei Beschäftigten mit kleinen oder mittleren Jahreseinkommen an. Spürbar sind eher Senkungen von Sozialabgaben, wie sie die SPD fordert. Die CDU geht zum wiederholten Male mit dem Steuersenkungsversprechen in eine Wahl und wird wohl auch diesmal das Versprechen nicht halten. Und wenn, dann profitieren nur die Großverdiener! Ist das gerecht?

Gesamtfazit: Zusammenfassend ist festzustellen, dass die SPD konkrete Vorstellungen hat, Deutschland nachhaltig gerechter zu gestalten und die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen zu verbessern. Dies zieht sich auch durch die Bereiche Bildung, Europa, Familie, Sicherheit, Verteidigung und Wirtschaft. Hier lohnt sich ein Blick ins Regierungsprogramm!

Die Kanzlerin will sich an der Macht halten, ohne im Wahlkampf inhaltlich eine Aussage zu tätigen, wie sie Deutschland regieren will und wie unsere Zukunft gestaltet werden soll. Wählerinnen und Wähler haben nach unserem Verständnis aber ein Recht zu wissen, wohin die Reise geht!

Übrigens: Die Süddeutsche Zeitung hat berichtet, dass allein 2017 die FDP 1,5 Millionen und die CDU sogar 1,9 Millionen an Großspenden von Unternehmen, Milliardären und Millionären erhalten haben. Die SPD sowie die Grünen hingegen haben Großspenden in Höhe von je 100.000 EUR erhalten.

Für alle Menschen, die nicht mit einem Satz goldener Löffel im Mund zur Welt kommen, die damit zu kämpfen haben, dass am Ende des Monatsgehalts noch zu viel vom Monat übrig ist, die im Alter eine zu geringe Rente erhalten, die sich um ihre Aus- und Weiterbildung und um die ihrer Kinder sorgen, kann es bei der Bundestagswahl nur eine Wahl geben: SPD – Damit sich etwas ändert und alle am Wohlstand teilhaben.

Denn es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit!

STADTVERBAND
WÖRTH
AM RHEIN

SPD

DIE SPD-STADTRATSFRAKTION BERICHTET: WÖRTH AM RHEIN IST IN BEWEGUNG GEKOMMEN!

Bürgermeister Dr. Dennis Nitsche ist seit einem Jahr im Amt und die Fraktion der SPD im Stadtrat begrüßt den frischen Wind und die Bewegung in vielen anstehenden Aufgaben und Projekten der Stadt.

Anfangen im alten Wörther Ortsteil, wo der Kita-Bau mit sechs Gruppen sichtliche Fortschritte macht und die Ottstraße schon einmal ein schöneres Gesicht erhalten hat. Wenn sich auch noch nicht alle Verkehrsteilnehmer an die Erprobung der Einbahnstraßen-Regelung gewöhnt haben, wird am Versuchsende mit allen Beteiligten gesprochen, Bilanz gezogen und Verbesserungsvorschläge überdacht. Zwei Arbeits- bzw. „Lenkungs-kreise“ arbeiten zum einen am Altortrahmenplan und zum anderen an einem „Integrierten Standortentwicklungsprozess“ für die gesamte Stadt mit allen Ortsbezirken.

Man darf gespannt sein, wie es im alten Ortsteil möglich sein wird, die „Problemstraßen“ Luitpold- und Ludwigsstraße von Landes- zu Gemeindestraßen herabzustufen und damit Verkehr rauszubringen. Damit würden uns im Stadtrat viel mehr Handlungsmöglichkeiten gewährt werden. So könnte dann endlich auch der ewig geforderte Übergang an der St. Ägidius Kirche in Angriff genommen werden. Hier sollte keine „Stückele“-Arbeit gemacht werden, sondern Nägel mit Köpfen in einem Gesamtkonzept.

Weiterhin macht das Bäderkonzept in Richtung Ganzjahresbad an der Stelle des Badeparks gute Fortschritte. Der Arbeitskreis hat dem begleitenden Institut seine Vorstellungen dargelegt. Jetzt müssen Werkausschuss und Stadtrat Beschlüsse fassen.

Auch das Thema „Verlegung der Sportstätten auf das Schaufele-Gelände“ ist in Zusammenarbeit mit den Vereinen und den Schulen sowie dem Institut für Sportstättenentwicklung in vollem Gange. Parallel dazu laufen die Untersuchungen, inwieweit auch die Ansiedlung von Gewerbe dort möglich wäre. Auch hier sollten bis Ende des Jahres genauere Vorstellungen dem Stadtrat vorliegen. Die SPD-Fraktion hat sich bereits seit langem für Sportstätten auf dem Schaufele-Gelände ausgesprochen. Erfreulich ist auch, dass die Durchfahrt der LKWs in Wörth nachgelassen hat, seitdem der Bürgermeister

die entsprechenden Schilder an den Ortseingängen hat anbringen lassen.

Auch in den anderen Ortsteilen geschieht einiges zur Verbesserung der Infrastruktur und des Ortsbildes. Für das Kappelmann- und das Sauergeräde in Maximiliansau werden Konzepte erstellt und zunächst im Ortsbeirat beraten. In Bezug auf die Verkehrsbelastung führt Bürgermeister Nitsche seit Monaten Gespräche mit dem zuständigen Ministerium und der Polizei.

In Schaidt geht es jetzt um die Verwirklichung der Pläne zur neuen Kulturhalle, das Gesundheits- und Seniorenzentrum ist in der Planungsphase. Innerörtliche Probleme sind gelöst bzw. stehen zur Lösung an. Nach wie vor ist auch hier die Verkehrs-entlastung ein Thema. Mit Blick auf die Nachfrage nach einem Neubaugebiet in Schaidt muss jedoch erst die Verdichtung innerhalb des Ortes angegangen werden. Und hier sind die Besitzer der jeweiligen Grundstücke gefragt.

In Büchelberg stehen einige größere Vorhaben an, die – wie der Bürgermeister bei der Ortsbegehung vorgeschlagen hat – in einem Gesamtkonzept angegangen werden sollten. Ein solches Gesamtkonzept sollte den Neubau einer Mehrzweckhalle mit möglicher Integration der Feuerwehr, die Sportstätte und das Neubaugebiet berücksichtigen. Auch die Radwegeverbindung nach Wörth ist ein Thema.

Für die SPD-Fraktion ist es sehr erfreulich, dass bei fast allen Projekten und Vorhaben die Bürgerinnen und Bürger, die Vereine oder Schulen in die Entscheidungen durch den Bürgermeister und seine Verwaltung mit einbezogen werden. Deshalb freuen wir uns in Wörth auf einige Fortschritte in den nächsten Jahren!

Joachim Paul,
Fraktions-sprecher



Rolf Hammel,
Stellvertreter



Jürgen Nelson,
Stellvertreter



MEHRZWECKHALLE & SPORTZENTRUM BÜCHELBERG: ÜBERLEGT HANDELN – FEHLER VERMEIDEN

Büchelberg braucht ein leistungsfähiges Sport- und Freizeitleben. Dies steht für die SPD außer Frage. Daher hat die SPD-Fraktion im Stadtrat auch einstimmig der Beauftragung einer Konzeptstudie zum Neubau eines Multifunktionsgebäudes zugestimmt. Diese Studie ist von hohem Wert – denn sie muss zeigen, ob es sinnvoll und möglich ist, Freizeit-, Sport und Vereinsnutzung, sowie vielleicht auch eine Nutzung durch die Feuerwehr in einem neuen, gemeinsamen Gebäudekomplex zu vereinbaren.

Klar sein muss aber auch: Die alte Halle wird nicht durch Fingerschnippen durch die neue ersetzt werden – zwei bis drei Jahre Bauzeit dürften mindestens anzusetzen sein. Damit stellen sich weitere Fragen: Wo soll der Standort der neuen Halle sein? Am Standort der derzeitigen Halle? Das würde bedeuten, dass die Halle erst abgerissen werden muss und von diesem Zeitpunkt an nicht mehr zur Verfügung steht. Auf dem Festplatz? Wohin dann mit der Kerwe und anderen Festen und den erforderlichen Parkmöglichkeiten? Auf den derzeitigen Hartplatz? Wohin dann mit dem künftigen Kunstrasen?

Zu klären wäre dann auch noch, was aus der freiwerdenden Fläche der bisherigen Mehrzweckhalle werden soll sowie aus den Reserveflächen. Wohnraum bietet sich hier aus unserer Sicht sehr an. Fragen über Fragen.

Ein funktionierendes Gesamtkonzept auszuarbeiten wird harte Arbeit werden. Wir von der SPD fordern und unterstützen nachdrücklich die Erstellung eines solchen Konzeptes. Wir sollten der Verwaltung dazu schnellstmöglich und mit parteiübergreifender Zustimmung grünes Licht geben, damit sich Büchelberg weiterentwickeln kann. Die sehr positiven Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit Vereinen und Interessengruppen im Zuge der Diskussion um das Schaufele-Gelände könnten für ein ehrliches und offenes gemeinsames Überlegen, Diskutieren und Entscheiden wegweisend sein. Wir unterstützen ein geordnetes Vorgehen. Denn nur so wird aus den losen Ideen ein guter Plan für ein lebendiges Büchelberg!

Joachim Paul,
Fraktionssprecher der SPD
im Stadtrat



Festplatz mit neuen Unterstand im Hintergrund



Mehrzweckhalle Büchelberg

„DER FOKUS LIEGT AUF DEN INHALTEN!“ ORTSVORSTEHER JOCHEN SCHAAF IM INTERVIEW

MIT: Jochen, seit 2014 bist du Ortsvorsteher von Maximiliansau. Dabei zeichnest du dich mit einer unaufgeregten, aber sehr sachorientierten und konzentrierten Amtsführung aus.

Jochen Schaaf: Von Anfang an waren mir zwei Dinge wichtig: Erstens eine inhaltsorientierte Ausübung des Amtes. Denn es sind viele Themen und Projekte in den Jahren vor 2014 aufgelaufen, die aus vielerlei Gründen nicht umgesetzt wurden oder werden konnten. Ich habe mir ein Thema nach dem anderen vorgenommen, mit der Verwaltung über Umsetzungsmöglichkeiten beraten oder mit den Ortsbeiräten Vorschläge erarbeitet und verabschiedet. Die sachorientierte Abarbeitung angefallener Arbeit steht für mich im Fokus. Und zweitens war es mir dabei wichtig möglichst einen parteiübergreifenden Konsens herzustellen. Denn das Wohl von Maximiliansau und unseren Bürgern sollte für uns als Ortsvorsteher bzw. als Ortsbeiräte erste Priorität haben. Dafür wurden wir als Vertreter schließlich gewählt.

MIT: Vor einiger Zeit wurdest du als Ortsvorsteher in einem öffentlichen Papier der CDU hart angegangen. Es wurde der Vorwurf in den Raum gestellt, dass ausstehende Vorhaben nicht umgesetzt würden.

Jochen Schaaf: Ganz ehrlich: Das sollte auch der Fraktionssprecher der CDU besser wissen. Denn wer die Arbeit im Ortsbeirat von Anfang an verfolgt hat, sollte den Sachstand der einzelnen Vorhaben kennen und wissen, dass ich als Ortsvorsteher über alle wichtigen und lange anstehenden Projekte im Ortsbeirat entsprechende Beschlüsse fassen ließ. Im Bearbeitungsprozess geht dann Vieles aber eben nicht von heute auf morgen vorstatten. Es gibt rechtliche Aspekte, die geprüft werden müssen und es gibt auch zahlreiche andere Themen, aus den anderen drei Ortsbezirken. Mal ehrlich, in den vergangenen Monaten hat sich doch einiges getan: Ich erinnere an den öffentlichen Bücherschrank samt neuer Bänke am Pfortzer Wind. Dann die neuen Bänke und Tische, die die Rheinpromenade endlich aufwerten. Das sind Sachen, die vielen Bürgerinnen und Bürgern auch wichtig sind. Auch die neue Mensa wurde nun in Betrieb genommen, sodass die Grundschüler nicht mehr in der Tullahalle essen

müssen. Das stellt eine Entlastung für Schüler, Betreuer und Hausmeister dar.

MIT: Es gibt aber auch noch offene Baustellen.

Jochen Schaaf: Das ist richtig. Für die Neugestaltung des Platzes an der Kehle fehlte uns bislang die wasserrechtliche Genehmigung. Das hat sich leider bis Ende Juni hingezogen. Die Stadtverwaltung hat bereits die weitere Bearbeitung aufgenommen und ich setze mich dafür ein, dass die Arbeiten in Kürze beginnen. Bei der Bebauung des Kappelmanngrundes wird dem Ortsbeirat ein erstes Konzept in der Sitzung am 11. September vorgestellt. Und das Sanierungskonzept für die Eisenbahnstraße wird dem Ortsbeirat ebenfalls in dieser Sitzung zur weiteren Beratung vorgelegt. Ich gehe davon aus, dass die Arbeiten bis spätestens Sommer 2018 beginnen können. Auch hier bin ich mit Nachdruck dran. Man sieht also, untätig war ich als Ortsvorsteher und waren die Ortsbeiräte wahrlich nicht, auch die Verwaltung nicht.

Was Vielen verborgen bleibt, ist, dass viele Bürgerinnen und Bürger, aber auch Ortsbeiräte mit Anliegen auf mich zukommen. Einige der Anfragen beantworte ich selbst und andere wiederum bringe ich bei der Stadtverwaltung vor. Auf jeden Fall gibt es immer eine Auskunft!

MIT: Die parteiübergreifende Zusammenarbeit im Ortsbeirat funktionierte zumindest eine Zeit lang und war themenorientiert.

Jochen Schaaf: Ja, anfangs hat das sehr gut funktioniert. In verschiedenen Arbeitsgruppen habe ich gemeinsam mit unterschiedlichen Ortsbeiräten Vorschläge und Konzepte für unsere Umsetzungsvorhaben erarbeitet. Zuletzt zur Kerwe, die sehr erfolgreich vom 26. bis 28. August auf dem Platz vor dem alten Schulhaus stattgefunden hat und die aus meiner Sicht ein riesiger Erfolg war. Oder auch zur Nutzung des Sauergrundes haben Ortsbeiräte der CDU und der SPD ein gemeinsames Konzept entwickelt.

MIT: Aus dem Arbeitskreis Straße ist die CDU Anfang des Jahres ausgestiegen. Dieser Arbeitskreis befasste sich u.a. mit der Sanierung der Eisenbahnstraße und der konzeptionellen Weiterentwicklung der gesamten Verkehrssituation.

Jochen Schaaf: Begründet wurde der Ausstieg damit, dass die Konzeption und damit die Umsetzung nicht schnell genug voranschreiten. Dies kann ich nachvollziehen, auch mir kann es nicht schnell genug gehen. Am liebsten hätte ich zu meinem Amtsantritt vor drei Jahren eine komplett sanierte Eisenbahnstraße übernommen oder zumindest einen Plan vorgefunden. Leider waren die bislang vorliegenden Konzepte aus mehreren Aspekten nicht umsetzungsreif oder wurden in den Jahren zuvor nicht mit dem nötigen Nachdruck verfolgt.

Zusammen mit dem neuen Bürgermeister Dr. Dennis Nitsche habe ich mich sodann an eine neue Konzeption gemacht, die wir im September den Ortsbeiräten vorstellen. Denn eines ist klar, wenn wir nun Geld in die Hand nehmen, dann sollte es doch mehr sein als eine neue Fahrbahndecke. Wir haben die Möglichkeit mit der Straßengestaltung einerseits verkehrsberuhigend und andererseits gestalterisch einiges zu verbessern.

MIT: Herzlichen Dank für das Gespräch.



Jochen Schaaf

Ortsvorsteher Jochen Schaaf treffen Sie donnerstags zwischen 17 und 18 Uhr im Bürgerhaus an. Telefonisch erreichen Sie ihn unter 07271 / 131-381 und per Mail an jochen.schaaf@woerth.de



Kein Platz ist auf der Pfortzer Kerwe frei geblieben!

Foto: Markus Burck

GEMEINSAM KÖNNEN WIR MEHR ERREICHEN LIEBE MAX'AUER,

auch bei uns entwickeln sich in der Kommunalpolitik so manche Eigenarten. Da wirft ein Parteivorsitzender dem Ortsvorsteher oder gleich dem Bürgermeister öffentlich und teils über Facebook vor, er würde die wichtigen Themen im Ortsbezirk nicht voranbringen. Warum kommt es zu einem Zerwürfnis in Max'au - zumal seitens der CDU Aussagen in den Raum gestellt werden, die nicht der ganzen Wahrheit entsprechen.

Anfang Mai hat der Fraktionssprecher der CDU in einem Flyer versucht, den Ortsvorsteher Jochen Schaaf in Misskredit zu bringen. Es wurde ihm und der SPD-Fraktion im Ortsbeirat Untätigkeit vorgeworfen. Vorneweg sei daran erinnert, dass Jochen Schaaf erst seit drei Jahren Ortsvorsteher ist und die SPD-Fraktion ebenfalls seit drei Jahren die Mehrheit im Ortsbeirat stellt. Dabei wird gerne außer Acht gelassen, dass die CDU in Max'au in den vergangenen 38 Jahren 25 Jahre (1979-1989 und 1999-2014) den Ortsvorsteher und 35 Jahre die Mehrheit im Ortsbeirat stellte. Zudem muss berücksichtigt werden, dass die CDU seit Stadtgründung die Mehrheit im Stadtrat stellt, seit 2009 in Koalition mit Bündnis 90/Die Grünen.

Da fragt man sich doch zu Recht, ob die CDU bis 2014 zusammen mit der Mehrheit im Stadtrat für Max'au nicht einiges hätte bewegen können? Vor allem da die Verkehrsproblematik, die Sanierung der Eisenbahnstraße oder die Sanierung der Friedhofshalle nicht erst seit 2014 Themen sind! Unsere Vorstöße, ob im Ortsbeirat oder im Stadtrat wurden in der Vergangenheit jedoch ausgebremst. Und wie wir alle erfahren mussten, lag der Fokus der ehemaligen Stadtschulze meist auf Industrie- und Gewerbeansiedlung.

Wir wollen nicht lange um den heißen Brei reden: Seit dem Amtsantritt von Jochen Schaaf haben wir im Ortsbeirat – anfangs auch mit der CDU – zahlreiche Beschlüsse gefasst und Konzepte erarbeitet, um seit Jahren angelaufene Projekte zu realisieren. Dass die Umsetzung nun nicht von heute auf morgen passiert, dass der Stadtrat erst mal entsprechende Gelder einstellen muss und dann Konzepte, Pläne erarbeitet sowie Genehmigungen eingeholt werden müssen, das sollte doch auch einem Fraktionssprecher der CDU bekannt sein.

Wir von der SPD-Fraktion wünschen uns für die Zukunft eine ehrliche Zusammenarbeit im Sinne und für das Wohl der Bevölkerung. Und wenn wir uns nicht mit diesen Scharmützeln auseinandersetzen müssen, bleibt uns allen auch mehr Zeit für die Bearbeitung und die Weiterentwicklung wichtiger Themen für Maximiliansau. Getreu dem Motto: Gemeinsam können wir mehr erreichen!

In der nebenstehenden Tabelle haben wir Ihnen die Stände zu den aktuellen Projekten und Vorhaben notiert. Fehlt Ihnen ein Vorgang, dann wenden Sie sich gerne an uns!

Ludger Witte,
Fraktionssprecher
der SPD im Ortsbeirat



Zur Sache: SANIERUNG DER EISENBAHNSTRASSE UND DER FRIEDHOFSHALLE

Die Sanierung der Eisenbahnstraße wird im Ortsbeirat seit 2010 diskutiert. Auf eine Sanierung der Friedhofshalle warten wir im Ortsbeirat ebenfalls seit 2001. Die CDU im Ortsbeirat und im Stadtrat hat es in all den Jahren nicht geschafft, einen Plan für die Sanierung der Eisenbahnstraße bzw. der Friedhofshalle vorzulegen, in den städtischen Haushalt einzustellen oder geschweige denn umzusetzen.



Neue Sitzmöglichkeiten an der Rheinpromenade

Neugestaltung des Platzes an der Kehle

Bis Juni 2017 warteten wir auf die wasserrechtliche Genehmigung der Struktur- und Genehmigungsdirektion. Die Stadtverwaltung hat zwischenzeitlich die weitere Bearbeitung aufgenommen.

Sanierung Eisenbahnstraße

Ein umfangreiches Konzept wurde gemeinsam von Ortsvorsteher Schaaf, Ortsbeiräten, Stadtverwaltung und Bürgermeister Dr. Dennis Nitsche erarbeitet. Die Pläne werden in der Ortsbeiratssitzung am 11.09. vorgestellt.

Planung Friedhofshalle

Eine Machbarkeitsstudie, die die Kosten für einen Neubau bzw. eine Erweiterung/Sanierung untersucht, wurde in Auftrag gegeben.

Sperrung Maximiliansau für den morgendlichen Verkehr

Hier wird einerseits auf die Stellungnahmen der Kreisverwaltung, der Polizeiinspektion und des Landesbetrieb Mobilität aus Herbst 2016 verwiesen, die allesamt ein Durchfahrtsverbot kritisch sehen. Zudem wird auf die Gespräche des Bürgermeisters mit dem Innen- und Verkehrsministerium verwiesen.

Planung Kappelmanngelände

Die ersten Überlegungen der fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe wurden im Ortsbeirat beschlossen. In der Ortsbeiratssitzung am 11.09. folgt nun der Beschluss über den ausgearbeiteten Bebauungsvorschlag der Stadtverwaltung. Die Wohnbau Wörth ist mit der weiteren Entwicklung des Geländes beauftragt worden.

Planung Sauergründe

Das Planungsbüro hat auf Grundlage des Beschlusses des Ortsbeirats einen Bebauungsplan für das Sauergründe erstellt. Dies wird in der Ortsbeiratssitzung im Dezember vorgestellt.

Aufstellen von Bänken/Tischen

Bänke und Tische sind an der Rheinpromenade aufgestellt worden. Auch innerorts wurden Sitzgelegenheiten ausgetauscht. Die Rheinpromenade wird zudem Schritt für Schritt weiterentwickelt und attraktiver gestaltet.

SCHAIDT: GESUNDHEITS- UND SENIORENZENTRUM RÜCKT NÄHER

Bereits seit einiger Zeit beraten wir über den Neubau einer Senioreneinrichtung mit altersgerechtem und betreutem Wohnen sowie einem Gesundheitszentrum. Die Planungen und verschiedenen Untersuchungen haben auf der Seite der Verwaltung Fahrt aufgenommen und befinden sich auf einem guten Weg. In einer der letzten Stadtratssitzungen wurde dem städtebaulichen Vertrag seitens der Stadträte zugestimmt.

In der Sitzung des Stadtrats im September soll nach heutigem Stand (Ende August) der Abwägungsbeschluss gefasst werden. Die Stadtverwaltung hat bereits die von den Behörden vorgebrachten Anregungen, Bedenken und Hinweise gesichtet und hierzu eine Stellungnahme erarbeitet. Ist der Abwägungsbeschluss hierzu gefasst, liegt dann die sogenannte Planreife für den Bebauungsplan vor.

Wir gehen davon aus, dass der Investor in den kommenden Wochen die Baueingabepläne für das Gesundheits- und Seniorenzentrum bei der Stadtverwaltung einreicht. So dann könnte in der Novembersitzung des Stadtrats der Satzungsbeschluss erfolgen. Mit dem Satzungsbeschluss wird der Bebauungsplan beschlossen und erhält nach

öffentlicher Bekanntmachung rechtliche Gültigkeit. Für die Fertigstellung wird derzeit nach Beginn der Baumaßnahme mit einem Zeitrahmen von ca. 18 Monaten gerechnet.

Das betreute und altersgerechte Wohnen soll nach heutigem Stand mit einer 24 Stunden Betreuung/Versorgung in den Wohneinheiten abgedeckt werden. Aufgrund der Größe, der dann geschaffenen Einrichtungen, könnte auch der Bedarf umliegender Gemeinden gedeckt werden. So wäre für den gesamten Viehstrich eine Möglichkeit geschaffen, dass Familien mit pflegebedürftigen Personen nah beieinander sein könnten.

Alle Verantwortlichen sind sich einig, das Gesundheits- und Seniorenzentrum wird nicht nur eine Aufwertung und einen Mehrwert für Schaidt darstellen, sondern für den gesamten Viehstrich bedeuten. Eine Vorstellung des gesamten Vorhabens ist gemeinsam mit dem Investor und der Verwaltung geplant, sobald weitere Pläne vorliegen.

Kurt Geörger,
Ortsvorsteher Schaidt



SCHAIDT: KULTURHALLE KOMMT!

Seit Jahrzehnten haben wir in Schaidt daran gearbeitet, darauf gehofft und manchmal auch wieder gebangt, damit wir bald eine Kulturhalle erhalten. In einer parteiübergreifenden Arbeitsgruppe wurden in den letzten Monaten die Pläne des Architektenbüros geprüft, ergänzt und aus unserer Sicht auch verbessert. Gemeinsam mit der Stadtverwaltung und dem neuen Bürgermeister ist es uns endlich gelungen Nägel mit Köpfen zu machen.

In der Sitzung des Stadtrats im Mai 2017 wurde die politische Entscheidung getroffen, dass die Kulturhalle gebaut wird. Auf dieses Votum haben wir seit 20 Jahren gewartet. Der nächste Schritt ist der Entwurf eines Bebauungsplans, der derzeit von einem Stuttgarter Planungsbüro erarbeitet wird. Sobald der Bebauungsplanentwurf vorliegt, wird dieser in den entsprechenden Ausschüssen, dem Ortsbeirat und dem Stadtrat beraten und beschlossen.

Wir laden alle Bürgerinnen und Bürger ein, bei diesen Sitzungen teilzunehmen und sozusagen aus erster Hand die Entwicklungen zur Kulturhalle mitzuverfolgen.

Die langen Jahre harter Arbeit werden sich lohnen, denn die Kulturhalle wird unseren Vereinen, unserem gesamten kulturellen Leben in Schaidt eine neue Heimat sein – wir freuen uns darauf!

Herbert Hauck,
Stadtrat



Hartmut Kechler,
Stadtrat



ES GEHT VORAN IM ALTORT VON WÖRTH!

Lange Jahre lag der Altort von Wörth im Dornröschenschlaf. Doch nun geht es voran! Gleich zwei wichtige Bausteine bringen eine erste greifbare Veränderung: Die Einbahnstraße in der Ottstraße ist nach überwiegender Meinung der Bürgerschaft ein großer Erfolg. Es ist viel ruhiger im oberen Bereich der Ottstraße, die Sicherheit für Radler und Fußgänger ist deutlich verbessert und die Nutzung des verbreiterten und blumengerahmten Gehwegs durch Café und Eisdielen bringt ein neues Flair in den Altort. Auch diejenigen, die die neuen Möglichkeiten noch nicht nutzen, sind herzlich eingeladen, dies zu tun.

Wir sind auf dem richtigen Weg! Der positive Effekt der Einbahnstraße ist so überzeugend, dass über eine Ausweitung der Einbahnstraßenregelung auf die gesamte Ottstraße nachgedacht werden könnte. Zuvor gilt es jedoch, die geänderten Verkehrsflüsse aufgrund neuer Messzahlen

zu beobachten. Als Ortsvorsteher unterstütze ich das konsequente und wohlüberlegte Vorgehen der Stadtverwaltung. Mit Schaffung der Freiluft-Galerie Wörth an der Eselsbrücke ist der Altort um einen Blickfang reicher. Hier gilt unser herzlicher Dank dem Organisator Andreas Hella und den vielen Künstlern des Kunstvereins Wörth und des Malerrings Maximiliansau sowie den Sprayern für diesen wertvollen Beitrag zur Verschönerung unserer Heimat. Binnen weniger Tage wurde aus betongrauer Tristesse ein bemerkenswertes Schmuckstück. Wir sind begeistert davon!

Diese ersten Maßnahmen lassen uns auf eine weitere attraktive Gestaltung unseres Altorts freuen. Nur ein Jahr nach Antritt des neuen Bürgermeisters sehen wir, dass echte Veränderungen möglich sind und auch umgesetzt werden.

Roland Heilmann,
Ortsvorsteher Wörth



AUSEINANDERSETZUNGEN UM DIE HAFENSTRASSE GEHEN WEITER

Bereits mehrfach wurde über die drohende Sperrung der Hafenstraße berichtet. Anfang Juli entschied das Verwaltungsgericht Neustadt/Weinstraße, dass das Ordnungsamt der Stadt eine Sperrung nicht verhindern könne. Die Stadt hat gegen dieses Urteil Berufung eingelegt.

Die Zukunft der Hafenstraße ist dementsprechend ungewiss. Nach wie vor beabsichtigen die Hafenbetriebe Rheinland-Pfalz und das Hafenunternehmen die Straße für den öffentlichen Verkehr zu schließen. Die Betroffenen sind davon alles andere als begeistert: Segelclub, Angelsport, Freizeit- und Erholungssuchende und auch berufspendelnde Radler wären von einer Sperrung betroffen. Im Falle einer Schließung der Hafenstraße wäre das Areal Ritterhecke nur noch über den Deichverteidigungsweg von Maximiliansau aus zugänglich – aber nur für Anlieger, nicht für den Fahrverkehr der breiten Bevölkerung ohne präzises Anliegen. Als Beispiel: Zum Angeln oder Segeln dürfte man mit dem Auto in die Ritterhecke fahren – zum Spaziergehen aber nicht. Da müsste man den ganzen Weg aus Maximiliansau laufen, was für viele Senioren kaum zu schaffen sein dürfte. Oder man ignoriert einfach das „Anlieger frei“-Schild und begeht damit eine Ordnungswidrigkeit. Das

kann doch keine Lösung sein! Seien wir ehrlich: Die Zuwegung über Maximiliansau würde für den Großteil der Bevölkerung das Ende des Freizeit- und Naherholungsgebiets Ritterhecke bedeuten. Über Jahrzehnte waren wir es gewohnt von Wörth kommend entlang des idyllischen Altrheins zu radeln, von der Hafenstraße aus den Hafen zu sehen und dann „zwischen den Wassern“ von Rhein und Hafen Erholung zu suchen. Das soll nun vorbei sein, weil das Hafenunternehmen seine Betriebsabläufe „optimieren“ will und sich dazu die Straße einverleiben will? Gut, dass Bürgermeister Dr. Dennis Nitsche und die Stadtverwaltung dem entgegengetreten sind und sich dem vom Hafenunternehmen initiierten Rechtsstreit stellen ohne kleinbeizugeben. Wir begrüßen auch ausdrücklich die Einigkeit aller politischen Fraktionen im Stadtrat sehr.

Wie die Geschichte ausgehen wird? Es besteht weiterhin Hoffnung, dass sich das Wirtschaftsministerium besinnt und dem Spuk ein Ende macht, indem es die Verpachtung der Straße an das Hafenunternehmen zurücknimmt. Drücken wir die Daumen, damit Wörth AM RHEIN bleibt!

Peter Poreba,
stellvertretender
Vorsitzender des
Ortsvereins Wörth





@thomashitschler



Mut zur Verantwortung.



Unsere Wahl am 24. September: Thomas Hitschler und Martin Schulz

- Mit dem Willen zur Veränderung
- Zeit für mehr Gerechtigkeit
- Mut zur Verantwortung
- Mit klarer Haltung
- Gemeinsam für die zweite Rheinbrücke
- Stark für die Südpfalz

Thomas Hitschler: Stark für Büchelberg, Maximiliansau, Schaidt und Wörth.

Wörth ist ein starker Standort der Südpfalz. Hier steht das größte Lkw-Werk der Welt. Der Wörther Hafen ist eines der leistungsfähigsten Containerterminals in Deutschland. In Wörth sind viele innovative Unternehmen angesiedelt. Die Schulen und KiTas in Wörth bieten gute Bildung und Betreuung. Das soll auch in Büchelberg so bleiben. In der Südpfalz-Werkstatt wird die Teilhabe von Menschen mit Behinderung verwirklicht. In den vergangenen Jahren habe ich zahlreiche Einrichtungen besucht und mich dafür eingesetzt, dass Wörth stark bleibt.

Trotz dieser Stärken gibt es auch Herausforderungen. Die sozialen Aufgaben, vor denen unsere Gesellschaft steht, habe ich bei meinem Praktikum bei der Wörther Tafel erlebt. Ein Ausfall der Rheinbrücke wäre für unsere Region eine Katastrophe. Deshalb muss die zweite Rheinbrücke endlich gebaut werden. Viele Kommunen stehen vor einem Schuldenberg und können ihre Aufgaben kaum noch erfüllen. Und das, obwohl wir gleichzeitig auf Bundesebene Überschüsse verzeichnen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Und zwar im Bundestag. Dafür trete ich ein.

Ich stehe für eine Politik, die sich den sozialen Herausforderungen stellt. Ich stehe für die zweite Rheinbrücke. Ich stehe für mehr Geld für unsere Gemeinden. Ich stehe für ein starkes Wörth am Rhein in einer starken Südpfalz. Unterstützen Sie mich dabei!

Mit Ihrer Zweitstimme für die SPD. Und Ihrer Erststimme für Thomas Hitschler.

10.

Zu mehr Frieden in der Welt beitragen

9.

Für eine solidarische Flüchtlingspolitik in Europa sorgen

8.

Europa besser machen

7.

Eine Bildungsoffensive starten

6.

Familien entlasten, Gleichberechtigung voranbringen

SPD



spd-woerth-rhein.de

Impressum

Herausgeber:
SPD Stadtverband Wörth am Rhein
Mario Daum, Schumanstraße 3c,
76744 Wörth am Rhein

Find us on

1.

Vorfahrt für Zukunftsinvestitionen

2.

Investitionsallianz für die deutsche Industrie

3.

Arbeiten und Leben in der digitalisierten Gesellschaft

4.

Zusammenhalt und Vielfalt in der offenen Gesellschaft sichern

5.

Gute Arbeit schaffen, einen fairen Generationenvertrag schließen

DER ZUKUNFTSPLAN DER SPD. MEHR UNTER [MARTINSCHULZ.DE/ZUKUNFTSPLAN](https://www.martinschulz.de/zukunftsplan)